

**GUTE ARBEIT.
SICHERE RENTE.
SOZIALES EUROPA.
AKTIVER STAAT.**



Kommt zur Demo! 7. SEPTEMBER 2013 IN HANNOVER

11 Uhr Auftakt am Steintorplatz und Schützenplatz

13 Uhr Kundgebung auf dem Opernplatz mit

- **Frank Bsirske (Vorsitzender von ver.di)**
- **Susanna Camusso (Generalsekretärin der Gewerkschaft CGIL, Italien)**
- **Dr. Ulrich Schneider (Hauptgeschäftsführer Der PARITÄTISCHE Gesamtverband)**
- **Helga Schwitzer (Vorstandsmitglied der IG Metall)**

B u s a b f a h r t z e i t e n

Emden, Parkplatz Nordseeweke	06:15 Uhr	Dörpen, Nordlandpapier	06:00 Uhr
Norden, Marktplatz	05:45 Uhr	Papenburg, Meyer Werft Tor 2	06:30 Uhr
Marienhafen, Alte Molkerei	06:00 Uhr	Leer, DGB Haus	06:30 Uhr
Georgsheil, ZOB	06:15 Uhr	Leer, Emspark	06:45 Uhr
Aurich, ZOB	05:45 Uhr		
Hesel, Autobahn Parkplatz	06:15 Uhr		

Rückfahrt ca. 14:30 Uhr

**Verbindliche Anmeldung (unter Angabe des Zusteigeortes) bis zum 30. August 2013
auf der beigefügten Liste oder beim DGB, Tel. 0491-912130; Fax: 0491-9121315 oder
per Mail: leer@dgb.de**



Gute Arbeit statt perspektivloser Jobs

Niedriglöhne und prekäre Jobs nehmen immer mehr zu. Menschen brauchen aber gerechte Löhne und sichere Arbeit. Wir fordern eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt: mehr Rechte für die Beschäftigten, Tarifverträge und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn nicht unter 8,50 Euro. Gleiches Geld für gleiche Arbeit in der Leiharbeit, sozial abgesicherte Beschäftigung statt Minijobs, Befristungen und Werkverträge sowie gleiche Entgelte und Karrierechancen für Männer und Frauen.



Sichere Rente statt Altersarmut



Die Rente mit 67 bedeutet harte Einschnitte für alle, die es nicht bis zum gesetzlichen Rentenalter schaffen. Prekäre Jobs führen die Menschen in Altersarmut. Wir fordern Renten, die den Lebensstandard sichern: durch eine nachhaltige und solidarisch finanzierte Alterssicherung. Menschen, die das reguläre Rentenalter nicht erreichen können, muss eine Erwerbsminderungsrente wirksam absichern. Schluss mit den Rentenkürzungen, Schluss mit der Rente mit 67!

Soziales Europa statt Sozialabbau

Radikale Kürzungsprogramme in zahlreichen Ländern der EU sorgen für eine Spirale nach unten und gefährden den sozialen Frieden. Das trifft nicht die Verursacher an den Finanzmärkten, sondern die Opfer der Krise: Beschäftigte, Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner sowie die junge Generation. Wir fordern ein Investitions- und Konjunkturprogramm für ein sozial gerechtes, sicheres und demokratisch legitimes Europa.



Aktiver Staat statt Reichtum für wenige



Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Die Steuerpolitik der letzten Jahre hat die öffentlichen Haushalte ausgehöhlt. Wir wollen eine gerechte Steuerpolitik, die Finanztransaktionen, Unternehmensgewinne sowie hohe Einkommen und Vermögen stärker heranziehen. Steueroasen müssen ausgetrocknet, Steuerflucht- und hinterziehung bekämpft werden. Nur so entsteht Verteilungsgerechtigkeit, nur so können öffentliche Aufgaben und Investitionen in Bildung, Soziales und Infrastruktur finanziert werden.